

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **38 (1959)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

CHRONIK DES MONATS

Außenpolitik

Wenn wir in unserer außenpolitischen Chronik des vergangenen Monats schreiben konnten, Macmillan und Adenauer hätten nach ihrem Treffen, das der Moskaureise des britischen Ministerpräsidenten folgte, die Übereinstimmung ihrer Auffassung verkündet, so hat sich im Laufe der letzten Wochen immer deutlicher gezeigt, daß es mit dieser Übereinstimmung in Tat und Wahrheit nicht weit her ist. Die britische Außenpolitik unterscheidet sich heute in wichtigen Punkten von den Grundsätzen der westdeutschen Außenpolitik. In der englischen Presse – und nicht etwa nur in der Linkspresse – mehrten sich die Angriffe gegen Bundeskanzler Adenauer. Bezeichnend für die Verstimmung zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik ist die Verlautbarung, wonach Adenauer dem britischen Premierminister vorgeschlagen haben soll, zu einer abklärenden Aussprache zusammenzutreffen. – Zwischen London und Washington bestehen ebenfalls Meinungsverschiedenheiten, die auch bei den Besprechungen zwischen Eisenhower und Macmillan nicht völlig beseitigt werden konnten. – Anläßlich des Besuches des französischen Ministerpräsidenten Debré bei seinem englischen Kollegen bemühten sich die beiden Staatsmänner um eine Annäherung der Standpunkte und um eine Festigung der «Entente cordiale»; allzuviel wurde aber nicht erreicht.

Die *Verwirrung im Westen* ist groß. Die verschiedenen Standpunkte kommen deutlicher als je zum Ausdruck, so unscharf die Abgrenzungen auch sein mögen. Der Westen bietet alles andere als ein Bild der Einheit und Geschlossenheit, so daß man schon aus diesem Grunde auf die am 11. Mai beginnende Konferenz zwischen den Außenministern des Westens und des Ostens nicht allzu große Hoffnungen setzen wird, um so mehr, als nach dem Rücktritt von John Foster Dulles die Westmächte über keinen Außenminister von Format verfügen. Der Franzose Couve de Murville ist als ausgesprochener Berufsdiplomat Außenminister geworden, und der farblose Selwyn Lloyd ist eher ein Beamtentyp. Auch die Bundesrepublik besitzt in Brentano keinen politisch profilierten Außenminister.

Es ist offensichtlich, daß die von Adenauer seit Jahren verfolgte Politik den «Mann der einsamen Entschlüsse» immer mehr in die Isolierung trieb. Die flexiblere und realistischere britische Außenpolitik geht heute von der Tatsache aus, daß Moskau von einer deutschen Wiedervereinigung in Freiheit und auf Grund freier Wahlen nichts wissen will, da Chruschtschew nicht gewillt ist, das kommunistische Regime Ulbrichts und Grotewohls zu opfern.

De Gaulle sprach sich zugunsten der Anerkennung der Oder–Neiße-Linie als endgültige Grenze Deutschlands aus. In den USA wurden gewisse Föderationspläne zur Wiedervereinigung Deutschlands bekannt, Pläne, die sich mit der von Adenauer verfolgten Außenpolitik kaum in Übereinstimmung bringen lassen.

Die wachsenden Schwierigkeiten haben zweifellos *Adenauers Entschluß, sich als Kandidat für die Wahl des Bundespräsidenten zur Verfügung zu stellen*, maßgebend beeinflußt. Vor den sich auftürmenden Problemen hat Adenauer ganz plötzlich resigniert. Vielleicht hat er endlich eingesehen, daß er sich mit seiner Politik, die darauf hinauslief, erst dann mit den Sowjets über die Wiedervereinigung zu reden, wenn aus einer Position der Stärke verhandelt werden könne, in eine Sackgasse hineinmanövriert hat. Denn Chruschtschew will über die Frage der deutschen Wiedervereinigung heute nicht einmal mehr diskutieren. – Zu dem sensationellen und völlig überraschenden Schritt des Bundeskanzlers, sich um die Nachfolge von Prof. Theodor Heuß zu bewerben und damit die Führung der westdeutschen Regierung aus der Hand zu legen, schrieb «Der Spiegel»: «Nun ist Konrad Adenauer mit seiner Politik am Ende. Er tritt aus dem Bundeskanzleramt ab und hinterläßt seinem Nachfolger ein festgefahrenes Staatsschiff, das nur wieder flottgemacht werden kann, wenn ein großer Teil jener politischen Ladung über Bord geworfen wird, die der Kanzler bisher eifersüchtig hütete.»

Der Kampf um das Bundeskanzleramt und die Führung der CDU wird nun die Bonner Politiker beschäftigen. Für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland dürfte aber die Frage, wie Konrad Adenauer das Amt des Bundespräsidenten ausüben wird, von ebenso großer Bedeutung sein. Dank seines moralischen Gewichtes, seiner Menschlichkeit und persönlichen Wärme, dank seiner Fähigkeit, bei aller betonten Zurückhaltung stets im rechten Zeitpunkt das richtige Wort zu sagen, gewann sich Prof. Heuß die Achtung und Liebe des deutschen Volkes und die Hochschätzung des Auslandes. Jeder künftige Bundespräsident wird es schwer haben, in die Fußstapfen von Theodor Heuß zu treten, denn der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland hat sich selber und seinen Nachfolgern ein hohes Niveau gesetzt. – Nun ist aber Adenauer in gar mancher Hinsicht das gerade Gegenteil von Heuß. Heuß ist ein Mann des Geistes, was man von Adenauer, der vielmehr ein Mann der Tat ist, kaum behaupten kann. Adenauer fehlt die menschliche Wärme, die Theodor Heuß so befähigte, alle Bevölkerungsschichten unmittelbar anzusprechen. Adenauer fehlt auch das psychologische Fingerspitzengefühl und der Sinn für das richtige Maß. Er stand wohl zu lange im Mittelpunkt des politischen – und vor allem parteipolitischen – Kampfes, um die Einheit und innere Geschlossenheit des Staates zu verkörpern. Wird Konrad Adenauer den Schritt vom Wahldemagogen der CDU, der sich nicht scheute, westdeutsche Sozialdemokraten als Schrittmacher des

Bolschewismus zu diffamieren, zum ausgleichenden und über den Interessen stehenden Staatsoberhaupt ernsthaft und ehrlich tun? Vielleicht wird dies zur Schicksalsfrage für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Vor allem ist zu befürchten, daß sich Adenauer nicht jener weisen Zurückhaltung befleißigen wird, die Prof. Heuß stets auszeichnete. Die jüngsten Erklärungen Adenauers haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß er als Bundespräsident die im Grundgesetz niedergelegten Rechte und Möglichkeiten zur politischen Einflußnahme voll ausschöpfen und extensiv auslegen wird. Man gewinnt den Eindruck, als ob sich Adenauer vom Beispiel de Gaulles irgendwie habe blenden lassen und eine Art Präsidialdemokratie zu schaffen wünsche.

Im Interesse der westdeutschen Demokratie und ihrer weiteren Festigung ist zu hoffen, daß sich der neue Bundespräsident, der zweifellos Konrad Adenauer heißen wird, nicht dazu verleiten lassen wird, der demokratischen Verfassung Gewalt anzutun.

Einmal mehr hat der Kommunismus sein wahres Gesicht gezeigt. Die gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen seitens der chinesischen Kommunisten in *Tibet* haben in der freien Welt Entrüstung ausgelöst, besonders auch bei den Neutralen in Asien, deren Glaube an die Grundsätze der friedlichen Koexistenz erschüttert wurde. Wieder mußte tatenlos die Unterjochung eines ganzen Volkes mitangesehen werden; es blieb nur die moralische Anklage und die stillschweigende oder öffentlich ausgesprochene Abscheu gegenüber einem gewaltsamen und freiheitsfeindlichen Vorgehen. — In den englischen Zeitungen wurde Nehru zum Teil recht scharf kritisiert, weil er es nicht gewagt habe, in Peking gegen die Unterdrückung im Tibet zu protestieren. — Es ist anzunehmen, daß durch die Ereignisse im Tibet den neutralistischen Ländern in Asien die Augen über die wirklichen Absichten des kommunistischen Chinas geöffnet wurden. — Die Aufnahme Rot-Chinas in die UNO dürfte durch die Politik Pekings im Tibet in weiteste Ferne gerückt sein.

B. H.